

Bezugspreis:
Steteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, voranz zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjährig 120.— M.
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20.— M.,
für das übrige Ausland bei halbjährlich
einmaliger Zahlung 27.— M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Triest, Simola, Südnor-
dwest, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz — Eingetragene in
der Post-Regulierungs-Vereinbarung.
Der „Vorwärts“ mit der Samstags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Demokrat“ und der
Beilage „Erziehung und Kämpfer“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normalspaltzeile
kostet 2,50 M. „Kleine Anzeigen“
das letztegedruckte Wort 1,50 M. (zu-
wählig zwei letztegedruckte Worte), jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellungs-
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Adressanten Seite 2.— M.
Die Texte versehen sich einschließlich
Leitungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 151 90 - 151 97
Mittwoch, den 30. März 1921
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 117 53 - 54

Mai-Aufruf der Gewerkschaften.

Paris, 30. März. (WIB.) Der Internationale Ge-
werkschaftsbund erläßt zum 1. Mai eine Proklamation an die
Arbeiter der gesamten Welt. Darin wird u. a. gesagt, in
diesem Jahre müßten die Arbeiterforderungen am 1. Mai
großartiger denn je werden. Die Reaktionen in allen Ländern
werden immer kühner. Die Bourgeoisie widersetzt sich mit
einer sich steigenden Energie den gerechten Forderungen der
Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen hätten die Regierungen
zum Teil gegen sich. Die Bemühungen der Vertreter des
Großkapitals, die Regierungen unter Vormundschaft zu brin-
gen, würden jeden Tag stärker. Man müsse sich erinnern an
die Greuelstaten, die gegen die Kameraden in Irland, in Finn-
land, in Spanien und in den Vereinigten Staaten von
Amerika begangen worden seien. Man müsse sich ferner er-
innern an den Widerstand, den in allen Ländern die Verbesse-
rung der sozialpolitischen Gesetzgebung erfahren. Schließlich
müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont werden,
den die Leitungen des Völkerverbundes zeigten, um die wirtschaf-
tliche Wiedererhebung Europas herbeizuführen dadurch, daß sie
sich weigern, das Wechselkursproblem zu lösen, daß sie sich
ferner weigern, die Verteilung der Rohmaterialien für die In-
dustrie zu organisieren. Durch diese Nachlässigkeit der Re-
gierungen und der Kapitalisten werde sich die Arbeitslosigkeit
überall verschärfen und infolgedessen der schlechte Ernährungs-

zustand in den Arbeiterfamilien verewigen. Die Leiter des
Völkerverbundes machten sich verantwortlich beispielsweise für
die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich,
Belgien und Holland, während zu gleicher Zeit die deutschen
Bergarbeiter gezwungen wären, Überstunden zu leisten. Ferner
müsse an die Anstrengungen der Bourgeoisie aller
Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktions-
mittel zu verhindern. Mehr denn je müßten sich deshalb die
Arbeiter zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangs-
punkt einer energischen Handlung zugunsten der von den
organisierten Arbeitern am 1. November auf dem letzten
Internationalen Gewerkschaftskongreß in London gestellten
Forderungen sein, nämlich der Sozialisierung des Bodens und
der Produktionsmittel, des Inkrafttretens der sozialistischen
Abmachungen von Washington, des Kampfes gegen die Ar-
beitslosigkeit durch die Regelung der Verteilung der Roh-
materialien. Der 1. Mai müsse der Propaganda für diese For-
derungen gewidmet sein.
Die Kundgebung solle, die Organisationen müßten da-
für sorgen, daß am 1. Mai die im Internationalen Gewer-
schaftsbund organisierten zehn Millionen Arbeiter sich erheben
zur Eroberung einer menschenwürdigen Existenz:
Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter!

Kritisches zur Abstimmung.

Von Heinrich Böffler.
Im Jahre 1913 kam ich als Angestellter des Verbandes
der Bergarbeiter Deutschlands nach Oberschlesien und verblieb
dort in dieser Eigenschaft bis 1920. In dieser Zeit lernte ich
das Land, die Bevölkerung und ihre Gebräuche kennen, so daß
mir wohl ein kritisches Urteil über das Ergebnis der Volks-
abstimmung gestattet ist.
Oberschlesien hat bekanntlich seit 1163 mit Polen keine
staatliche Gemeinschaft mehr und ist seit 1740 mit Preußen
vereinigt. Die Bevölkerung dachte am allerwenigsten, daß die
staatliche Zugehörigkeit ihrer Heimat einstens zweifelhaft wer-
den könnte. Erst der Krieg und sein Ende und der Versailler
Vertrag machten das bis dahin fest Bestehende flüchtig.
Bei der Durcharbeitung des Versailler Vertrages waren
die Alliierten zuerst auf den Gedanken gekommen, Ober-
schlesien, gleichsam wie die Bezirke Bromberg und Posen, ohne
Volksabstimmung an Polen zu gliedern. Daß dieses Vor-
haben eine bittere Periode auf das jenseitlich verkündete Selbst-
bestimmungsrecht der Völker war, kümmerte, wie auch durch
andere Gewaltakte offenbar ist, die alliierten Regierun-
gsmänner wenig. Die zu den Beratungen herbeigeleiteten
polnischen Sachverständigen haben, gestützt auf das Preu-
ßische Statistische Jahrbuch für 1912, den Nachweis zu führen
versucht, daß in Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln)
834 045 Einwohner deutscher und 1 169 340 Einwohner polni-
scher Muttersprache beheimatet seien, also dortselbst eine un-
zweifelhaft polnische Bevölkerungsmehrheit wohne. Bringt
man die Einwohner der Kreise Falkenberg, Grottkau und
Reiße, die zu demselben Regierungs- aber nicht zum Abstim-
mungsbezirk gehören, mit 154 735 deutsch und nur 6392 pol-
nisch Sprechenden in Abzug, dann verbleiben, immer nach dem
Statistischen Jahrbuch, für das Abstimmungsgebiet 729 310
deutsche, gleich 38,6 Proz., und 1 162 938 polnisch sprechende
Bewohner, gleich 61,4 Proz., im Abstimmungsgebiet. Diese
Beweisführung dürfte großen Eindruck auf die alliierten
Herren gemacht haben, da sie sich auf amtliches deutsches Ma-
terial stützen konnten. Hoffentlich macht das Abstimmungs-
ergebnis, das, prozentual beurteilt, umgekehrt und günstiger
liegt und auch eine deutliche Willensänderung darstellt,
gleichem Eindruck und führt zu der Ueberzeugung, daß Ober-
schlesien ein Gebiet mit unzweifelhaft deutscher Ge-
sinnungsmehrheit ist.
Die angeführte Statistik hat mit dazu geführt, daß die
staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens zweifelhaft wurde und
sie wird auch bei demnächstigen Beratungen eine Rolle spielen.
In Oberschlesien wurde bekanntlich die vielumstrittene
Ostmarkenzulage an die Staatsbeamten gezahlt. Diese
Beamten hatten deshalb ein materielles Interesse daran, diese
Zulage zu beziehen. Bei der Aufnahme der Bevölkerungs-
statistik war den Ostmarkenzulage interessierten Be-
amten durch ihre Mißhilfe Gelegenheit geboten, der Regierung
gegenüber den Nachweis zu führen, daß in Oberschlesien eine
polnisch sprechende Bevölkerungsmehrheit wohnte, wodurch
nach der damaligen Regierungsweisheit die Zahlung der Ost-
markenzulage durchaus begründet war. Es ist auch eine be-
kannnte Tatsache, daß die obereschlesische Landbevölkerung viel-
fach nicht genügend schreibkundig war, um die Ausfüllung des
Fragebogens für die Bevölkerungsstatistik selbständig vorzu-
nehmen. Hier mußte dann der bei der Aufnahme mitwirkende
Beamte die Ausfertigung vornehmen. Diesem spielte sich der
Borgang dann so ab, daß der Beamte fragte: „Muttersprache
polnisch?“ — worauf er ohne Besinnung zur Antwort erhielt:
„Ja, polnisch!“ Demgemäß erfolgte die Eintragung. Die
Ostmarkenzulage hat in ganz Ostdeutschland eben allenthalben
unheilvoll gewirkt.

Wer an der Richtigkeit dieser Darlegungen zweifeln sollte,
der möge die Bevölkerungsstatistik aus den einzelnen Orten
mit den Ergebnissen der Reichstagswahl von 1912 vergleichen.
Bei diesem Vergleich wird man finden, daß in manchen Orten
bis 75 Proz. polnisch sprechende Einwohner beheimatet sein
sollten, in denen bei der Reichstagswahl nur wenige, recht oft
aber auch keine einzige Stimme für die national-
polnischen Reichstagskandidaten abgegeben wurden. Man
beachte auch noch folgendes. Nach der Bevölkerungsstatistik
des Preussischen Jahrbuchs für 1912, neuere Zahlen liegen
leider nicht vor, setzte sich die Bevölkerung auf je 100 Personen
zusammen und haben bei der Volksabstimmung votiert wie
folgt:

Kreis	Kreuzburg	Oppeln einschl. d. Stadt	Rosel	Rosenberg
Deutsch- sprechende Proz.	46,94	27,28	21,72	16,9
Polnisch- sprechende Proz.	47,17	68,42	75,05	80,69
Deutsch gestimmt Proz.	95	76	76	68
Polnisch gestimmt Proz.	5	24	24	32

Sollten durch diese Gegenüberstellungen die Richtigkeit
der Angaben über die Muttersprache in der Statistik des
Preussischen Jahrbuchs nicht zweifelhaft werden? Gewiß haben
jene Personen, die diese Statistik von unten auf bis zur end-
gültigen Fertigstellung mit bearbeiteten, nie daran gedacht,
daß sie einstens die Bedeutung erlangen würde, die ihr jetzt
beigemessen werden muß.

Karls Knabenstreich.

Wie aus Wien gemeldet wird, leidet die christlichsozialen
Regierung eine Untersuchung darüber ein, ob Karl über
Deutschösterreich gereist sei. Die Habsburger sind nämlich
aus Deutschösterreich durch Gesandtschaften ausgewiesen. Wenn Karl
nicht etwa im Flugzeug über Italien und Südspanien — die
Staaten der Hauptgegner seiner Wiedertehr — geflogen ist,
dann kann er nur über Deutschösterreich nach Steinamanger
(madjarisch: Szombathely) gekommen sein, das hart an der
Grenze liegt und wohl auch zu dem abzutretenden Burgen-
land gehört. Er mag sich gedacht haben, ruhig über
Deutschösterreich fahren zu können, da ein Wortführer der re-
gierenden Christlichsozialen Partei soeben in der „Neuen
Bürcher Ztg.“ betont hat, diese Partei sei zum allergrößten
Teil unbedingt monarchistisch — trotz ihrem Eintreten für die
republikanische Verfassung!

Aber durch die kleine Entente und durch Deutschösterreichs
Arbeiter ist dafür gesorgt, daß der lächerliche Karl nicht wieder
ein Allerhöchster wird.

Die wahren Gründe für die schnelle Rückreise Karls
liegen darin, daß fast sämtliche Parteien des Landes mit
großer Entschiedenheit gegen seine Wiedertehr Stellung ge-
nommen haben. Sogar diejenigen Gruppen, die bisher den
„Christlichen Kurs“ unterstützt haben, wandten sich gegen die
Rückkehr Karls. Besonders gilt das für die Partei der kleinen
Landwirte, die an der Regierung beteiligt ist und die mit
der schärfsten Opposition drohte, falls Karl seine Absicht wahr-
machen wollte. Aber auch die Legitimisten unter Führung
des Grafen Andrássy trugen im jetzigen Augenblick Bedenken,
die Thronbesteigung zuzulassen, da sie wohl wußten, daß dies
vorz der Kleinen Entente als Kriegsfall betrachtet werden
würde. Bedingungslose Anhänger Karls sind nur die „Er-
wachenden Ungarn“ und ein Teil der Offiziere der National-
armee. Die Hoffnung auf diese bewaffneten Gruppen
scheint es zu sein, die Karl veranlaßt hat, vorläufig bei dem
katholischen Bischof in Steinamanger, der zu den Getreuesten
seiner Getreuen gehört, Aufenthalt zu nehmen. In Budapest
unterdrückte zunächst die Zensur alle Meldungen über
das habsburgische Abenteuer, so daß die Bevölkerung der
Hauptstadt erst am Dienstag gerüchelt davon Kenntnis
erhielt. Die Aufregung war ungeheuer, die Volksmeinung
richtete sich in unerkennbarer Weise gegen die verhasste
Habsburg-Dynastie. Aber nicht nur die Arbeiterschaft und
das Bürgerium in den Städten, sondern auch die Bauern-
schaft erklärte in Versammlungen und Entschlüsseungen, von
einer Rückkehr Karls nichts wissen zu wollen. Somit ist der
König fast völlig isoliert. Vom internationalen Standpunkt
aus wird man die weitere Entwicklung der Angelegenheit
mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen, da die habsburgischen
Umtriebe nicht nur einen Anschlag gegen das ungarische Volk,
sondern auch eine Gefahr für die Demokratie ganz Europas
bilden.

Eindruck in Wien.

Wien, 30. März. (WIB.) Die Weisheit der Wähler betont,
daß der „König“ schlecht beraten war, als er sich zu diesem Schritt
entschloß. Wenn Ungarn in seiner Weisheit auch monarchisch sei
und Karl als seinen legitimen König anerkenne, so hätte seine Rück-
kehr nur im Einvernehmen mit den Regierungsfaktoren in Budapest
vor sich gehen sollen.

Für Oesterreich seien wohl keine Verwickelungen zu befürchten.
Als Karl von Horthy Uebergabe der Regierung verlangte, erwiderte
dieser, daß der König Unmögliches verlange. Horthy habe sein
Amt von der Nation erhalten und er könne dieses Amt nur der
Nation wieder zurückgeben. Er müsse, vor die Wahl zwischen
König und Volk gestellt, sich auf die Seite des Volkes stellen. Der
König solle warten, bis das Parlament die Entscheidung getroffen
habe. Der König sei durch diese Mitteilungen äußerst erschüttert
gewesen und soll seiner tiefsten Enttäuschung Ausdruck gegeben
haben, da er einen stürmischen Empfang in Ungarn erwartet hatte.

Von den „Karlisten“, die (wie bereits gemeldet) verhaftet werden
sollen, ist Beniczky Minister des Innern gewesen, Abg.
Smrčevski ist der Präsident der Bogrombanden „Erwachende
Ungarn“ und Lufschich war früher Stabkommandant von Budapest.

Wien, 30. März. (U.) Bei der Ankunft in Budapest trug Karl
— die Uniform eines Feldmarschalls. Karl erklärte, daß er
lieber sterben werde, als Ungarn noch einmal zu verlassen. Karl
schützt jetzt leichtes Umweltsen vor, um womöglich noch im Bischofs-
palast von Steinamanger bleiben zu können. Verhandlungen mit
der österreichischen Regierung sollen geführt werden, um dem Ex-
kaiser freies Geleit nach der Schweiz über Tirol zu sichern. Seiner
Rückkehr durch Oesterreich würde man kein Hindernis in den Weg
legen, da Oesterreich ein Interesse daran hat, daß der Exkaiser so
recht als möglich wieder nach der Schweiz zurückkehrt, aber man
würde dafür sorgen, daß er die Durchreise unter sich erem Ge-
leite zurücklegt. Die Einstellung des internationalen Telefon-
und Telegraphenverkehrs in Westungarn spricht aber für die Wahr-
scheinlichkeit, daß sich der Exkaiser beim Horthy-Obersten Schar in
Steinamanger befindet.

Wien, 30. März. (U.) Ein Reisender, der aus Budapest
gestern abend in Wien eingetroffen ist, berichtet, daß Karl in
Steinamanger im bischöflichen Palais wohne, wo er vom Militär
stark bewacht wird. Es sei ein ganzes Offiziersbataillon einetroffen,
ebenso ein Eskadron mit Ministern. Die Reisenden dürfen in
Steinamanger, dessen Bahnhof durch einen militärischen Kordon ab-
gesperrt ist, weder ein- noch aussteigen. Die Telefon- und Tele-
graphenlinien sind militärisch gesperrt.

Karl falsch berichtet.

Wien, 30. März. (U.) Einem Vertreter des „Neuen Wiener
Tagblatt“ erklärte der Vertrauensmann des gemessenen Kaisers, Sek-
tionschef Dr. Schager, er könne nur annehmen, daß Oberst
Schar als überzeugter Legitimist ihm Hilfe angeboten habe und
dem Exkaiser Karl die Situation so dargestellt wurde, als ob die
Weisheit Ungarns die Wiederherstellung der Ordnung nur durch die
Rückkehr des Exkaisers erhoffe.

Deutschösterreichs Vorzicht.

Wien, 30. März. (U.) Die Regierung hat noch gestern abend
Gendarmerieabteilungen und kleinere Truppenabteilungen an die
Grenze dirigiert.

Nollet rügt.

Die militärische Entente-Kommission hat am 18. März gerügt,
daß den Entwaflungsbestimmungen in verschiedenen Rich-
tungen nicht Rechnung getragen sei, und bis zum 31. März Erfüllung
verlangt. Die Antwort des Auswärtigen Amtes befreit durchaus
die Richtigkeit der Angaben Nollets, erklärt auch die vollkommene
Entwaflung der Oststellungen als unter den gegenwärtigen Ver-
hältnissen unmöglich, erunter in bezug auf die Jabelten an die noch
ausstehende Beantwortung deutscher Vorstellungen, die auf dem Ver-
tragsstext beruhen, und erklärt sich wiederum bereit, alle Streitfälle
einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Nun zur Abstimmung selbst. Auf Grund genauer Kenntnis des Landes und der einzelnen Orte darf ich ohne örtliche Nachprüfung die Behauptung aufstellen, daß vielfach das Ergebnis der Wahl nicht ein Produkt freier und unbefangener Entscheidung ist. Ich möchte aus dem Landkreis Beuthen folgende Orte nennen: Michowitz mit 1682 deutschen und 4460 polnischen, Rokittitz mit 355 deutschen und 1501 polnischen, Höhenlinde mit 2552 deutschen und 3528 polnischen und Schlesiengrube mit 1345 deutschen und 2583 polnischen Stimmen. In diesen Orten habe ich im Laufe der Jahre viele Versammlungen unter freiem Himmel gehabt, zu welchen die Mehrzahl der Bewohner kam, die zu Auseinandersetzungen mit den Polen führten, und wobei diese suchbare Niederlagen erlitten und oft fluchtartig die Versammlungen verließen. Und nun sollen diese Orte sich mit derartigen Mehrheiten aus freiem Willen für Polen entscheiden haben? Einfach unmöglich. Vertikale Nachprüfungen würden nach meiner festen Überzeugung die größten Wahlbeeinflussungen zutage fördern.

Daselbe trifft auf zahlreiche Orte der Kreise Rattowitz, Biesch und Rybnitz zu. Hier hat der Terror bewaffneter Bänder zuvor gewütet, Angst und Schrecken durch brutale Drohungen verbreitet und somit das Wahlergebnis beeinflusst, um nicht zu sagen gefälscht. Hier muß das deutsche Plebiszitatskommissariat eingreifen und das Material sammeln, um es dann vor aller Welt auszubreiten, wenn dergleichen Wahlen von der Allierten Kommission anerkannt werden sollten.

In der französischen Presse wird nun nach dem Ausfall der Abstimmung vielfach von einer Teilung Oberschlesiens gesprochen. Man scheint dort nicht zu wissen, wie die Verhältnisse in Oberschlesien liegen. Nur Unkenntnis oder böse Absicht kann zu einer solchen Propaganda verleiten. Oberschlesien ist nicht nur ein geschlossenes einheitliches Wirtschaftsgebiet, sondern bildet auch eisenbahn-, wasser-, kraft- und krafttechnisch eine Einheit. Teile, die da herausgelöst werden, müssen absterben wie ein vom Menschen amputiertes Glied. Aus diesen Gründen und weil die Bevölkerung ein nicht falsch zu verstehendes Votum abgegeben hat, muß Oberschlesien im ganzen bei Deutschland bleiben.

Die reaktionäre Hezke.

Die rechtsstehende Presse setzt ihr Treiben gegen die preussische Regierung munter fort. Von keinerlei Wahrheitsliebe oder Gewissenhaftigkeit beschwert, verbreitet sie weiter die wüstensten Ländernmeldungen über den Kommunismusputsch, die alle darauf angelegt sind, die Maßnahmen der preussischen Regierung herabzusetzen. Es ist wie gewöhnlich: Das Duzend scheinbar verschiedener Blätter erweist sich in Wirklichkeit als von einer einzigen Stelle dirigiert. Die Regie funktioniert so gut, daß dieselben Blätter, die noch vor vier Tagen der bürgerlichen Reichsregierung vorwarfen, sie lasse sich von der preussischen übertreffen, heute genau das Gegenteil schreiben, wie wir bereits am Beispiel der „Deutschen Tageszeitung“ bewiesen haben. Das ganze Treiben ist so durchsichtig, daß die Tendenz keinem objektiven Beobachter entgehen kann. So schreibt die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, in ihrer heutigen Morgenausgabe: Einem Teil der deutschnationalen Zeitungen — nicht allen — scheint die Bekämpfung des Aufstandes nichts, die Verleumdung der Regierung dagegen alles zu sein. Man kann ganz gewiß darüber streiten, ob die Maßnahmen der Behörden richtig waren und ob überall mit der gebotenen Schärfe zugegriffen worden ist. Wenn an der schnellen Niederschlagung des Aufstandes und der baldigen Wiederherstellung der Ordnung liegt, stellt im Augenblick Bedenken zurück, wenn er sieht, daß die Anordnungen der Regierung sich im ganzen bewähren. Und das trifft hier doch zu, wie der bevorstehende Zusammenbruch des Putschs klar beweist. Statt dessen schreiben deutschnationale Blätter lange Leitartikel über die Schlechtigkeit und Unfähigkeit der Regierung oder sie stellen salbungsvoll-sentimentale Betrachtungen an über die alte gute Zeit, wo der ostelbische Junkerjüngling jede beginnende Störung

der öffentlichen Ordnung mit Schneid niedertrat. Etwas nach der Art des Sozialistengesetzes, das uns die stärkste Sozialdemokratie von allen Ländern des Erdballes geächtet hat. Die agitatorische Ausbeutung der Notlage des Vaterlandes mag bei den nächsten Wahlen einige Erfolge haben, legt aber kann sie nur zur Erschwerung der Situation beitragen. Verfolgt man die Haltung der Blätter dieses Schlages, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß sie es auf eine Zulassung der Krise abgesehen haben. Dieser Regierung darf eben nichts gelingen. Jedermann sieht, daß der kommunistische Spektakel vor dem Ende steht. Trotzdem reden einige Zeitungen von einer Ausdehnung des Aufstandes, wobei die Meldungen mit Fleiß übertrieben werden.

Inzwischen zeigt die reaktionäre Presse immer deutlicher, daß ihre Pläne über die Beseitigung der jetzigen Regierung hinausgehen. Mit der Regierung soll verschwinden die Regierungsform. Dieser Gedanke wird einseitig noch vorsichtig verschleiert. Aber im Kerne liegt er doch klar, wenn die „Deutsche Zeitung“ die vollziehende Gewalt „in die Hand eines Soldaten“ legen möchte oder wenn die „Post“ die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses mit unbegrenzten Vollmachten fordert.

Die Begleitmusik dazu liefert das tönende Geschrei geblähter Phrasenreißer, die wie Herr Hussong im „Tag“ triumphieren, daß nun doch von links und nicht von rechts geputzt worden sei. Man muß den Kommunisten lassen, daß sie der Reaktion diesen Triumph sehr leicht gemacht haben. Aber deshalb ist doch nicht zu vergessen, daß gerade ein Jahr vor dem Kommunismusputsch der Kapp-Putsch eine Tatsache war und daß gerade die Leute, die jetzt über den Putsch von links triumphieren, die geringste Garantie gegen seine Wiederholung bieten. Selbst in diesen Tagen wurde nicht ausschließlich über kommunistische Bewaffnung berichtet, sondern wir meldeten auch die sehr umfangreiche Waffenschlebung von Radeburg, die natürlich in der Rechtspresse logischwegem wird.

Die Tatsache des Putschs von links ist jedenfalls nicht der geringste Beweis gegen eine gleichzeitige Putschgefahr von rechts. Bisher haben die Leute noch immer recht behalten, die wie wir auf beiden Seiten die Gefahr gesehen haben. Die Kommunisten haben natürlich auch jetzt wieder das Beste dazu getan, um den Rechtsputschisten in den Sattel zu helfen. Sie haben daselbe bewirkt, was Kautsky schon nach dem Januarputsch von 1919 konstatierte: die Leute, die mit der Parole auszogen, die Gegenrevolution zu bekämpfen, haben ihre Gefahr erst akut werden lassen. — Noch stets haben Rechts- und Linksputschisten voneinander gelebt. Die Gefahr ist erst bedankt, wenn beide verschwunden sind.

Die Aufforderung zur Betriebsbesetzung.

In ihrer Sonnabend-Ausgabe hat die „Rote Fahne“ bestritten, daß die Aufforderung an die Arbeiter, die Betriebe zu besetzen, von der kommunistischen Partei ausgegangen sei. Demgegenüber erbringt die „Freiheit“ den Beweis, daß der Stuttgarter „Kommunist“ vom 24. März folgendes geschrieben hat:

„Will die Gegenrevolution das Proletariat weiter dezimieren durch künstliche Betriebsstilllegungen, dann muß das Proletariat dem Beispiel der mitteldeutschen und hamburger Arbeiter folgen und sich bewaffnen und die Betriebe besetzen.“

Noch ausführlicher wurde diese Parole im Gothaer „Volksblatt“ am 26. März ausgegeben. Das Gothaer „Volksblatt“ schrieb:

„Darum hat das Proletariat Deutschlands jetzt das Vorpriestergesicht mit den Höring-Truppen auszunehmen und auszudehnen. — Streik, Generalstreik sei die Losung! Aber das Proletariat gebe die Faustpänder nicht aus der Hand! Verlaßt die Betriebe nicht! Behaltet jede Belegschaft ihren Betrieb als ihre Burg — lebe sie die Arbeitslosen heran an den Betrieb, daß sie einen lebenden Kordon bilden, einen Schutz gegen Blockade durch

Orgeß und Sipol! Die Ihr noch heute in den Betrieben seid, organisiert Bergbauauschüsse, richtet Euch auf Belagerung ein —, der verschanzte Gegner ist immer im Vorteil — Und die Maschinen, die Euch Feinde, menschenfressende Wesen waren, seien Euch nun Schild und Schuh. Teurer als Euer Leben ist ihre Existenz Euerem Gegner, nehmt sie zu Geißeln, deren Leben in Eurer Hand ist. Es ist auch für uns ein schwerer Entschluß, Produktionsmittel vielschicht zu zerstören — aber lieber die toten Maschinen, denn unsere lebenden Brüder. Haltet fest, was Ihr habt! Wie heißt das alle Wort?

Un nach dat Babsche Recht kann heil behölln. Es wird an Euch liegen, daß man es Euch nicht entwindel! Durch die Besetzung der Betriebe zur Beschlagnahme der Produktionsmittel, zur Erringung der politischen Macht. Das sei in diesem Stadium des Kampfes die Lösung des seiner Aufgabe bewußten Proletariats!

Das Versteckspielen wird den Kommunisten diesmal wahrlich nichts nützen. Jede Nummer der „Roten Fahne“ vom 18. bis zum 26. März bringt erdrückende Beweise der Putsch- und Gewaltaktion. Wenn man diese Nummern heute noch einmal durchliest, so erscheint es einem geradezu, als hätten sich die Kommunisten von vorn herein jede Ausrede abschneiden wollen, daß sie an dem Ausbruch des Putschs unschuldig seien.

„Proviziert mit aller Kraft!“

In einer Extranummer der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ wird nach wie vor der Weg wüster Gewalt gepredigt. Das Blatt ruft den Arbeitern zu:

„Bildet Aktionsausschüsse. Besetzt die Betriebe. Besetzt alles lahm. Stört den kapitalistischen Apparat mit allen Mitteln. Proviziert mit aller Gewalt. Kämpft um den Betrieb. Entwerft die Konterrevolution. Holt Euch die Waffen, wo Ihr sie kriegt. Legt die Fänge lahm. Sichert Euch die Verbindung aller Aktionsausschüsse.“

Weiter sucht dann die Extranummer durch Beschimpfungen unverschämtester Art die Arbeiter in den Kampf zu heizen:

„Seid Ihr Hunde, die die Peitsche der Herren verkleuen? Seid Ihr geinende Welber, die Freiheit haben wollen ohne Kampf? Um Ostern zu feiern und Kuchen zu freffen, laßt Ihr Eure bis in den Tod kämpfenden Heiden im Stich?“

Allen Arbeitern, die mit dergleichen Schimpfereien provoziert werden, empfehlen wir, den Provokateuren die Antwort des kommunistischen Führers Richard Müller (Weihenmüller) zu erteilen. Als nach dem Januarputsch 1919 Debbow gegen Däumig und Richard Müller den Vorwurf erhob, daß sie sich geweigert hätten, ihre Haut zu Marter zu tragen, antwortete Richard Müller wörtlich in der „Freiheit“: „Ich bin doch nicht verpflichtet, meine Haut zu Marter zu tragen, weil ein alter Esel die Zeit für revolutionäre Putsch gekommen erachtet.“ Die Antwort paßt auch heute.

Die Berliner Betriebe arbeiten.

Die getriggen Störungsversuche in einigen Berliner Betrieben der Metallindustrie haben sich erfreulicherweise bis zur Stunde nicht wiederholt. In den Betrieben der AEG herrscht Ruhe. Die Belegschaften sind mit Ausnahme eines verhältnismäßig kleinen Bruchstücks in der Brunnenstraße zur Arbeit erschienen. Auch in den Bergmann-Elektrizitätswerken, bei der Anorr-Bremse AG und bei Borsig wird gearbeitet. Im Siemens-Konzern sind die Arbeiter und Arbeiterinnen fast ohne Ausnahme erschienen. Da der Behörde bekanntgeworden war, daß die Arbeitslosen in Spandau heute dort Störungen beabsichtigt hatten, traf die Schutzpolizei alle Maßnahmen, um dergleichen Zwischenfälle zu verhindern. Auch in den Daimler-Werken (Marienfelde) wurde voll gearbeitet, bei der Firma Werner ist dagegen der dritte Teil der Belegschaft nicht erschienen. In der Bittenauer Maschinenfabrik ist heute die gesamte Arbeiterschaft in den Streik getreten.

In den Hennigsdorfer Betrieben der AEG versuchten die Kommunisten heute morgen mit allen erdenklichen Mitteln den Streik zu erzwingen. Nach einer Betriebsversammlung erfolgte eine Abstimmung, die eine starke

Im besetzten Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. März 1921.

Die Rüsttage haben für uns Düsseldorf seit der Revolution ihre ganz besondere Bedeutung. 1919 herrschten hier die Kommunisten mit Ständrecht und Belagerungszustand. 1919 brachte uns den Sturm der Kommunisten auf die Wahllokale, die Stadtverordnetenwahl wurde unmöglich gemacht. 1920 führte der März die vorübergehende Herrschaft der kappistischen Reichswehr mit sich. Und heute? Das Bild hat abermals gewechselt! Jetzt ergeben sich Entenssituationen unter den alten Kossaken der Königsallee. Will man es da den Düsseldorfern so besonders antreiben, daß sie nach all ihren früheren Erlebnissen nicht gerade in sonderliche Aufregung geraten, als am 8. März die „Befreier“ einrücken? Die Tatsache, daß die Besatzungstruppen mit ruhigem Gleichmut aufgenommen wurden, hat den Berichterstattern der französischen Nationalistenpresse Anlaß gegeben, von einer französischen Stimmung der Düsseldorf-Bewohner zu reden. Davon kann aber nicht im geringsten die Rede sein.

Daß keine „Begeisterung“ aufkommen kann, dafür sorgt schon der französische Militarismus, der hier so brutal auftritt, wie der Militarismus noch zu allen Zeiten aufgetreten ist. Während die Engländer an die Stadtverwaltung überhaupt keine Ansprüche stellen, sind die Franzosen von einer geradezu brutalen Rücksichtslosigkeit. In Düsseldorf herrscht, wie in allen industriellen Großstädten, fürchterliche Wohnungsnot. Das ist den Franzosen auch nachgewiesen worden, trotzdem kommen sie und verlangen innerhalb weniger Stunden passende Wohnungen. „Passend“ ist aber noch lange nicht jede komfortable Wohnung. Werden sechs Zimmer gefordert, so müssen sie nebeneinander liegen; übereinanderliegende werden abgelehnt, weil die Herren Offiziere keine Treppen steigen wollen!

Für die städtischen Theater hat die Besatzungsbehörde eine größere Zahl von Freikarten gefordert; die Plätze bestimmte sie! Die städtischen Straßenbahnen müssen während der Dauer des Belagerungszustandes alle Besatzungstruppen frei befördern; später wollen sie 50 Pf. pro Person zahlen, während der Tarif 1 M. bis 1,50 M. vorliegt.

Der Presse gegenüber verfolgt die französische Besatzungsbehörde eine ganz besondere Politik. Die Düsseldorf-Presse hatte mit dem Tage des Einmarsches jede selbständige Stellungnahme zu den „Sanktionen“ unterlassen. Dieser Mangel veranlaßt nun das Düsseldorf-Publikum, das strenge Zensur vermutet, nach auswärtigen Zeitungen zu greifen. Noch nie sind bei den Zeitungshändlern und an den öffentlichen Verkaufsstellen Berliner Zeitungen so begehrte worden wie gerade jetzt. Die „verheerende“ Berliner Presse

aber ist den Franzosen ein besonderer Dorn im Auge und deshalb ermuntern sie die Düsseldorf-Presse selbst, kritischer zu schreiben! Sehr empfehllich sind die Franzosen gegen Satire. Wo sie bei irgendeinem Straßenhändler den „Bahren Jakob“, den „Simplissimus“, die „Jugend“ oder den „Kladderadatsch“ erwischen, setzt es unweigerlich Strafe. Der Geschäftsführer unseres Düsseldorf-Presseblattes wurde zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil man in der Buchhandlung ein Exemplar des „Bahren Jakob“ gefunden hatte, der lange vor der Besetzung erschienen war. In rigorosester Weise wird auch die Briefzensur gehandhabt. Wir erleben hier zurzeit eine Briefschneiselei, wie sie selbst der preussische Militarismus nicht unternommen hat. Besonders die Berliner und Hamburger Post hat es den Franzosen angefallen; da wird offenbar jede Zeile gelesen, und der Erfolg ist, daß solche Briefe den Empfängern in der Regel zwei bis drei Tage später erreichen. Unter dieser Maßregel leidet insbesondere die Presse, die auf briefliche Informationen aus Berlin zurzeit ganz verzichtet muß.

Ein paar Worte noch über die Stellung der Arbeiterschaft zur Besetzung. Darüber hat ja die französische Nationalistenpresse so große Lügen verbreitet, daß sich dagegen sowohl Vertreter des Gewerkschaftsrateils wie auch die Zeitung der USK wenden mußten. Selbstverständlich erklärten auch in Düsseldorf die Franzosen, sie kämen als „Befreier“ der Arbeiter, was sie jedoch nicht abhielt, schon am dritten Tage der Besetzung eine Hausjuchung im Bezirksrat der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorzunehmen. Auch das Streikverbot, das im deutschen Text der ersten Bekanntmachung der Franzosen enthalten war, wirkt ein eigenartliches Licht auf die „Befreier“. Die „friedliche Durchdringung“ begannen die Franzosen mit dem alten Mittel der Verabreichung von Bettelkuchen. Die Düsseldorf-Arbeiterschaft verzichtet in ihrer großen Mehrheit selbstverständlich auf diese Wohlthat, die wir im Konte Besatzungskosten ja doch selbst bezahlen müssen. Leider hat sich der unabhängige Sekretär des Gewerkschaftsrateils bereit gefunden, die Verteilung der Suppenarten zu übernehmen. Die große Mehrzahl der Kartellvertreter ist gegen dieses Fraternalisieren mit den französischen Militaristen.

Die wahre Stimmung der Arbeiterschaft hat kürzlich unser Düsseldorf-Presseblatt ganz richtig gekennzeichnet, als es schrieb, diese Stimmung sei deutsch — nicht deutschnational! Auch die neuen Lasten, die der rheinischen Arbeiterschaft infolge der weiteren „Sanktionen“ durch Verteuerung der Lebenshaltung und durch Arbeitslosigkeit besonders fühlbar werden, werden wir ertragen, solange wir das Bewußtsein haben, daß dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit Unrecht geschieht!

Karl Ernst Offhaus f. In Xerom, wo er von seinem Langenleiden heilung suchte, ist Karl Ernst Offhaus am 17. Lebensjahre gestorben, der Gründer des Hagenor Volkswang-Rufes, einer der führenden Köpfe aller künstlerischen und kulturellen Be-

wegungen der letzten 20 Jahre. Offhaus besaß schon in jungen Jahren die Mittel, sich für große Pläne einzusetzen. Mit naturwissenschaftlichen Sammlungen begann er 1899, künstlerische reaten hinzu, und durch die Heranziehung Vanderveedes brachte er sein Haus, das er sofort der Öffentlichkeit zugänglich zu machen beschloß, in Verbindung mit den treibenden künstlerischen Kräften. Offhaus vereinigte hier einen Ueberblick über die Kunst aller der Länder und Kulturperioden, die für die Gegenwart von besonderer Bedeutung sind, zu lebendigem Genuß. Darüber hinaus griff er 1900 durch Begründung des „Deutschen Museums für Kunst, Handel und Gewerbe“. Hier machte er es sich zur Aufgabe, durch Deutschland und die Nachbarländer, besonders durch Amerika eine Reihe planmäßig gerichteter Ausstellungen geben zu lassen, die einen Ueberblick über das kulturelle Vollen der modernen angewandten Kunst Deutschlands gaben. Er arbeitete da zusammen mit dem Deutschen Werkbunde, zu dessen Begründern er gehörte. Seinen Sammlungen gliederte er Werkstätten für Künstler an; neben Vanderveede arbeiteten hier Behrens, Rohlf, Thorm-Pfiffer, Baumert. Für die Stadt und das ganze Industriegebiet wurde er der Vertreter eines neuen Geistes, der diese Geenden mit starkem kulturellem Leben zu erfüllen half. Hoffentlich werden sich seine Sammlungen, die eben in Karl Witt einen neuen Vertreter erhielten, in ihrer anregenden Kraft erhalten lassen. Offhaus' letzte Pläne galten einer Unterrichtsanstalt sozial-ethischer Richtung, der Bruno Taut das Haus bauen sollte.

Komische Oper: „Cuberechen“. Es war ein kleines Mißverständnis, daß wir Musikreferenten gerufen wurden. Der Drehesternraum war leuch verhält. Der eine oder andere schlich erfährt von dannen. Bald aber merkte man, daß ein an unseren Operetten-Libretti geschulter Geist vollauf penibet. Und man blieb und schrieb. — Dies „Cuberechen“ von Toni Impekonen wird trotz seiner guten Darstellung wohl nicht sehr alt werden. Wie Marion de Marville, der edle Bohéménape, auf die Verlobung mit ihrem Geliebten aus der adelstolzen Familie derer v. Tellinghufen verzichtet und lieber mit seinem noch solchen Papa anbandelt, ist so mit einer gewissen Konsequenz durchgeführt, bringt auch manche köstliche Situationen, aber der feinere Humor acht fast leer aus. Wo jubelt mit nackten Beinen und ähnlichen Umständen jongliert wird, da geht ein guter Teil vom Spiritus eben flöten.

Die beiden weiblichen Hauptrollen waren durch Elise Bötticher und Rita Burq sehr gut besetzt, jene als Kapitalistin, innerlich gesund und doch verorterte bohéménstosze Marion, diese als süßer, überpannierter, bürgerlich stolzer Adaldis. Oskar Linke war im zweiten Teil fast unmöglich, seine „Abrechnung“ mit Marion Berlin D., nicht Berlin W., jedenfalls kein Hochhaber. Wie jugendlich noch gegen dieses femle Getue der „alte“ Franz Schönfeld ab, eine wahre Wohlthat für Auge und Ohr! Sichre Wärme und kappermäktige Ritterlichkeit werden nirgends besser aufgehoben sein. Auch Ida Berra hat als Idealante nicht vergessen werden. Die Aufmachung ist nicht übel.

Ballbühne. Der für den 31. März angelegte Schenck im Graun-Hofen nach auf Donnerstag, 14. April, verlegt werden. Große Volkshalle Berlin. Die für Donnerstag angelegte Karnevalsfeier im Volkshalle-Theater kann erst am 8. März beginnen.

Mehrheit gegen den Ausstand ergab. Die Kommunisten erklärten, daß bei der Stimmentauszahlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien und verlangten abermals eine Stimmentausgabe. Inzwischen hatte sich ein Teil der Arbeiter entschlossen und die Kommunisten erklärten ein für alle Mal ein Ergebnis. Dagegen erhoben die Sozialdemokraten und Unabhängigen wiederum Protest, und so soll am Nachmittag nochmals eine endgültige Abstimmung erfolgen. In der Anilinfabrik Treptow ergab die Abstimmung 867 gegen und 216 für den Streit.

Die Stromlieferung aus Wolpa gesichert.

Im Kraftwerk Wolpa wurde am gestrigen Dienstag eine Betriebsübernahme abgeschlossen, die in späterer Nacht eine Abstimmung über die Frage des Streiks vornahm. Das Ergebnis war, daß 200 Stimmen für, circa 600 Stimmen gegen einen Eintritt in den Streik abgegeben wurden. Daraufhin wurde am heutigen Mittwochmorgen die Arbeit im Elektrizitätswerk wieder aufgenommen. Nach Vornahme der notwendigen Untersuchungen und Abdichtungen, die infolge des dreitägigen Stillstandes der Kesselanlagen notwendig sind, wird im Laufe des Vormittags mit der Stromerzeugung wieder begonnen werden, so daß Berlin heute wieder Strom aus Wolpa erhalten wird.

Halle im Dunkeln.

Halle, 30. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Gaswerk ist gestern abend ebenfalls stillgelegt worden. In der Nacht wurde hier und im Elektrizitätswerk die Technische Nothilfe eingeleitet. Heute morgen verkehrten wieder einige Straßenbahnlinien. In der vergangenen Nacht war Halle vollständig in Dunkel gehüllt. Von der Sipso wurde das Gelände durch Leuchtfackeln und zahlreiche Ausposten aufgeklärt. Zu irgendwelchen Pländerungen ist es dank der Aufmerksamkeit der Wachmannschaften nicht gekommen. In der Reilstraße ist während der Nacht ein Kommunistenpaar ausgehoben worden. Ein Mann schloß sich bei der Festnahme mit einem Revolver zur Wehr. Bei der Schließung zwei Kommunisten gefolgt. Es wurden Karten und Pläne über wichtige Knotenpunkte usw. gefunden. Ebenso fand man Pläne über noch auszuführende Attentate. Es konnte ferner festgestellt werden, daß die in Halle bereits ausgeführten und versuchten Sprengungen von dieser Stelle ausgingen. Ferner waren genaue Zahlen über die Stärke der „Roten Armee“ und über weitere Rekrutierungsmöglichkeiten vorhanden. Ungefähr 30 Quittungen wiesen nach, daß auch größere Geldbeträge an die Rote Armee gezahlt worden sind. Der Generalstreik ist ziemlich allgemein durchgeführt. Die Eisenbahnwerkstätten sind heute morgen ebenfalls stillgelegt. Die Arbeiter blieben im Betriebe. Die Eisenbahnbediensten ist an die Gewerkschaften herangetreten, um Mithilfe für den Streckenschutz zu erhalten.

Neues Eisenbahntentat.

Erfurt, 30. März. (M.B.) Kommunistische Elemente haben heute nacht gegen die Eisenbahnunterführung auf der Straße Erfurt-Kassel zwischen der Steigerstraße und der Gustav-Frentag-Straße einen Sprengversuch unternommen. Der durch die Sprengung angerichtete Schaden ist nur geringfügig. Als Täter kommen einige 18jährige Burschen in Betracht, die bereits verhaftet worden sind; sie gehören der kommunistischen Partei an.

Der Verbrecher von Ammendorf verhaftet.

Der Eisenbahntentäter von Ammendorf und Gröbers ist, wie die Polizei meldet, ermittelt worden. Es ist der 24 Jahre alte Arbeiter Paul Jakob aus Ammendorf. Bis her konnten dem Verbrecher noch zwei Raubmorde und ein versuchter Raubmord nachgewiesen werden. Er gesteht seine Taten ein. Seine Opfer hat er mit stets bei sich geführten Schusswaffen getötet.

Aufnahme des Zugverkehrs bei Gießen.

Wolfs Bureau meldet von gestern abend 11 Uhr: In der Stadt ist auch weiterhin alles ruhig. Der erste fahrplanmäßige Zug auf der wiederhergestellten Strecke ist hier abends eingetroffen und nach Sangerhausen durchgeführt worden.

Wie in Gießen verfaßt, soll gestern mittig bei Nieder- und Hagen das Automobil mit Holz und dessen Adjutanten von der Reichswehr abgefangen und unter Feuer genommen sein. Der Adjutant sei tot, Holz sei entkommen. (Alle Nachrichten über Holz sind mit Vorsicht aufzunehmen. Red. d. B.)

Oberpräsident Hering verbot für die Regierungsbezirke Magdeburg und Erfurt alle Versammlungen unter freiem Himmel, Zusammenrottungen und Umzüge. Wie in Räumern stattfindenden Versammlungen sind mindestens 3 Stunden vorher der Polizeiverwaltung zu melden.

Räterepublik Pirna.

Dresden, 30. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) In Pirna haben die Kommunisten den Generalstreik erklärt und die Räterepublik ausgerufen. Unter dem kommunistischen Terror ist hier eine teilweise Stilllegung der meisten Betriebe durchgeführt worden.

Die Streikbewegung im Rheinland.

Duisburg, 30. März. (M.B.) Der Bergarbeiterausstand hat sich auf Teile des linken Rheinufers erstreckt. Auf der größten Zeche „Ahngraben“ wird auf Schacht 1 gearbeitet, auf Schacht 4 dagegen streikt die Hälfte, auf Schacht 3 ein Drittel der Leute. Auf Schacht „Neuhausen“ ist fast die gesamte Belegschaft ausgeblieben.

Nach den neuesten Feststellungen der Polizeibehörde sind den Verletzungen bei den Anzügen in Essen noch weitere sechs Personen erlitten, so daß die Gesamtzahl der Toten auf 20 angewachsen ist.

Handgranatenkämpfe in Karlsruhe.

Karlsruhe, 30. März. (M.B.) Als gestern abend die Polizei den Marktplatz von kommunistischen Demonstranten räumen wollte, wurde sie mit Handgranaten und Revolvergeschüssen empfangen. Auch aus den Häusern wurde auf sie geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Auf Seiten der Demonstranten sollen eine Person getötet und fünf Personen verwundet worden sein. Am späten Abend war die Ruhe wiederhergestellt.

Maßnahmen in Ostpreußen.

In der Provinz Ostpreußen war in der letzten Zeit eine erhöhte Tätigkeit der kommunistischen Bewegung festzustellen. Es ist Anzeigepflichtig für sämtliche politischen Versammlungen angeordnet. Die „Rote Fahne des Ostens“, das kommunistische Parteiorgan für die Provinz Ostpreußen, ist wegen der starken Propaganda dieser Zeitung verboten worden. Gleichzeitig wurde die ursprüngliche Fassung der Bestimmungen über den Ausnahmezustand in Ostpreußen wiederhergestellt, wonach Flugblätter genehmigungspflichtig sind. In der Provinz herrscht Ruhe. Von dem für den 30. März von den Kommunisten proklamierten Generalstreik ist in Ostpreußen nichts zu merken.

J.L.P. für 2 1/2.

Southport, 30. März. (Reuters.) Der Kongress der unabhängigen Arbeiterpartei stimmte dem Bericht des Vollzugsausschusses zu, der den Beitritt zur sozialistischen Internationale von Wien empfiehlt, unter der Bedingung, daß die Partei völlige Freiheit der Fortführung ihrer Politik behält.

Die U.A.P. ist zwar ein wesentlicher Bestandteil der britischen Arbeiterpartei (Labour Party), aber deren Hauptmasse stellen die Gewerkschaften. Ledebour, der die U.A.P. in Southport vertritt, erntete stürmischen Beifall, als er — wohl in der Polemik gegen die mit 97 gegen 521 Stimmen abgebligten Moskauer — seine englischen Eindrücke dahin aussprach, daß eine Revolution ausgeschlossen sei. Die U.A.P. denkt gar nicht daran, sich ihre Wahlen durch Revolutionspläne zu verschätzen.

Der Kongress hat eine Entschließung angenommen, in der die Stellungnahme der Arbeiterpartei bei der zweiten Lesung der „deutschen Reparationsbill“ im Unterhause mißbilligt wird.

Groß-Berlin

Nationalsozialisten.

Die kommunistischen Zeitungen riefen zum Kampf mit den Waffen, die „Rote Fahne“ überschlug sich und das Bürgerturntag auf der Sauer. Nun jauchzt es hoch auf: Bechreuer und Irregelleite, vom Glend zur Verzweiflung Getriebene lassen sich zu Gewalttaten hinreißen und der Agent provocateur hilft nach.

In manchen Weinlokalen der Friedrichstraße erklingen Militärmärsche, das Publikum — zum größten Teile Schieber mit fetten Bäuchen und Grifetten — brüllt Beifall, stehend singt es „Deutschland, Deutschland über alles“ und schändet so das revolutionäre Lied eines aufrechten Kämpfers. Der „Conferencier“ will nur noch „Anfänger“ heißen. Er versteht sich aufs Geschäft und sagt Joten und Gemeinheiten, wie sie zu den Zuhörern passen, mit bezeichnenden Winken an. Soubretten, von denen sich einzelne als „deutsche Humoristinnen“ bezeichnen, singen von der Freiheit der jungen, schwer ringenden Republik und vergleichen sie mit einer — Hühnerleiter oder, noch deutlicher, mit einem Kinderhemde. Die Führer der Arbeiterpartei werden von ihnen in den Schmutz gezogen. Sie singen von Scheidemanns angeblichen Willkuren, von Ebert in der Bodehose, der betrunken im Weine schwimmt und von ähnlichen Sachen, die die Kunde durch die Stimmen-Presse gemacht haben.

Und das Publikum röst Beifall! Zuweilen finden sie aber auch Widerspruch, selten allerdings, sehr selten. Dann steht der Böbel auf wie ein Mann und macht faule Witze über die „Genossen“, über die Flegel und die stille Genossin Ebert, die es ihnen ganz besonders angetan zu haben scheint. Ritunter entsteht daraus eine Prügelschlacht, und die Gemeinheit beherrscht das Feld. Die Schieber brüllen und die „Damen“ freilachen. Dann fällt die Musik ein und unter ihren Klängen werden die „Aufstörer“ an die Luft gesetzt. — Der Böbel ist wieder unter sich und wartet mit Sehnsucht auf das nächste Dynamitotentat.

Die Organisation des technischen Groß-Berlin.

Kurz vor Ostern hatte die Betriebsverwaltung Magistrat Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten eine Mitgliebersversammlung nach der Aula des Margareten-Engelmanns einberufen, um zu den Schwierigkeiten Stellung zu nehmen, die sich der Organisation des neuen technischen Groß-Berlin entgegenstellen. Das Hauptreferat in der überfüllten Versammlung hatte Reichstagsabgeordneter Aufhäuser übernommen. Die Mitarbeit außerproduktiven Kräfte an der Gemeindeverwaltung sei dringend erforderlich, um so mehr, als zu den reinen verwaltungstechnischen Aufgaben der Gemeinden solche rein wirtschaftlicher Art in nie geahntem Umfange hinzugekommen sind. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinden könnten auf juristisch-bureaucratischer Grundlage nicht erfüllt werden. Es müsse vielmehr der technisch-wirtschaftliche Geist seinen Einzug in die Verwaltung der Kommunen halten. Diesem Grundgedanken sei leider bei der Reorganisation der Groß-Berliner Verwaltung nicht Rechnung getragen worden. Zwar habe der Plan der Denkschrift des Bundes der technischen Angestellten und Beamten über die Bildung des neuen technischen Groß-Berlin in den weitesten Kreisen Anerkennung gefunden, schon um deswillen, weil man diesem Plan der Sachmänner keinen anderen Plan entgegenstellen konnte. Aber es bestehe jetzt die Gefahr, daß diese Arbeit wieder sabotiert werde. In den Bezirken dominiere der Jurist, während der Techniker zurückgedrängt werde. Am schlimmsten stehe es bei der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen, an deren Spitze ebenfalls ein Jurist gestelle sei. Unter Führung der Juristen sollte man das Siedlungswesen jetzt sogar zum Verkehrsdezernat legen, wahrscheinlich um den alten unglückseligen Zweck- und Wohnungsverband in neuer Auflage auflösen zu lassen. Kehlich liege es bei der Deputation für Werte und anderen wichtigen Verwaltungszweigen. Die technisch-wirtschaftliche Leitung gehöre dem Techniker, nicht dem Juristen, wenn nicht das gesamte Gemeinwesen Schaden erleiden soll.

An das Referat schloß sich eine längere Aussprache, in der sich die Herren Kohr, Heller und Direktor Rehmer beteiligten, die aus ihrem Tätigkeitsbereich die Ausführungen des Redners ergänzten. Das Schlusswort nahm Herr Händeler, der betonte, daß die Demokratisierung und der Ausbau der Stadtverwaltung von unten unter lebendiger Anteilnahme jedes einzelnen Arbeiters, Angestellten und Beamten erfolgen müsse. Dann werde es auch gelingen, bei Durchführung des Grundgesetzes „Freie Bahn dem Tüchtigen“ die fähigsten Köpfe an die Spitze zu drängen.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Vorstand beauftragt, im Sinne der Ausführungen der Redner beim Magistrat Berlin für die Anerkennung der Technik und Techniker zu wirken.

Die Siegessäulenattentäter

Sind heute der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden, nachdem die Ermittlungen zur Aufklärung des verdröckerischen Anschlages abgeschlossen sind. Alle Verhafteten haben ein Geständnis abgelegt und bei ihren Vernehmungen auch weitere Einzelheiten über den Dynamitanschlag und die getroffenen Vorbereitungen dazu geäußert. Wie eine Korrespondenz hierüber berichtet, haben sich die Kommunisten, bevor sie ihre Zusammenkünfte bei dem Kunstmalers Wosff hatten, bereits schon an zwei anderen Stellen getroffen, das erste Mal in einem Lokal in der Verlichingstraße. In diesen geheimen Versammlungen sei ein Mann aufgegriffen, der erklärt habe, daß die Revolution viel zu langsam vorwärts schreite und daher beschloßen worden sei, sie durch Gewalttaten in Fluß zu bringen. Er habe auch erklärt, daß jetzt mit Sprengstoffen gearbeitet werde und die Teilnehmer an der Zusammenkunft aufgefordert, selbst auch zur Tat zu schreiten. Sein Vortrag endete mit einer Drohung, daß, wenn die Anwesenden, die er nun von den Geheimplänen unterrichtet habe, sich nicht verpflichten würden, selbst mit in der von ihm bezeichneten Richtung tätig zu sein, es ihnen selbst ans Leben gehen werde. So sei dann der Plan gefaßt worden, zunächst die Siegessäule in die

Luft zu sprengen. Der Sprengungsversuch ist deshalb nicht gesüßigt, weil die Attentäter selbst um ihr Leben bangten. Sie hätten, weil sie befürchteten, daß die Zündschnur schneller abbreimen und die Explosion eher erfolgen könne, als sie sich in Sicherheit bringen zu intenten, die Zündschnur noch verlängert und durch diese Verlängerung mißglückte die Entzündung der Sprengmasse. Die wachsenden Mitglieder der Bande waren auch schon, bevor noch der verbalredete Pfiff ertönt war, davon gelaufen, weil auch sie große Angst hatten, daß sie sich dann nicht mehr rechtzeitig aus der Gefahrgone begeben könnten. Erst später trafen sich dann alle wieder gemäß der vorher getroffenen Vereinbarung bei dem Kunstmalers Wosff in dessen Wohnung Reutlin am Wasser 21, wo dann die Kriminalpolizei überraschend einfiel und die ganze Gesellschaft dingfest machte.

Einführung des Bezirksamts 10 (Zehlendorf).

Am Dienstag abend begrüßte Bürgermeister Ritter den zum Bezirksbürgermeister gewählten bisherigen Zehlendorfer Gemeindevorsteher Dr. Köster. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch trotz der Zersplitterung die Bezirke genügend Raum für selbständige Betätigung haben werden. Nach der Verpflichtung durch Handschlag dankte Bürgermeister Dr. Köster für die freundlichen Worte, versicherte aber nicht, daß sich gerade in den Landgemeinden eine Losson-Berlin-Bewegung geltend mache; trotzdem aber werde das Bezirksamt gemeinsam mit dem Berliner Magistrat in aufrichtiger Weise versuchen, den Bezirk 10 wieder zu neuer Blüte zu bringen. Dann führte er die Bezirksamtsmitglieder ein. — Die Bezirksversammlung lehte dann noch einen Ausschuss zur Vorbereitung der Bildung von Ortsbezirken ein.

Landaufenthalt für Schulentassene.

Vom Städtischen Pressebienst Charlottenburg wird mitgeteilt: Für konfirmierte Knaben und Mädchen im Alter von 14—16 Jahren, die gesund, aber zur Erlernung eines Berufes noch zu schwach sind, bietet sich Gelegenheit, den Sommer über bis zum Spätherbst unentgeltliche Unterkunft auf dem Lande (Medienburg und Bommern) gegen Leistung leichter landwirtschaftlicher Arbeit zu finden. Meldungen hierzu werden umgehend an die Städtische Berufsberatungsstelle, Berliner Str. 81 (Eingang Wilmersdorfer Straße), vorn eine Treppe, in der Geschäftszeit von 9—12 Uhr erbleien.

Flugpost Berlin—Danzig—Königsberg (Pr.) und Danzig—Königsberg (Pr.)—Memel. Die von der Lloyd-Offizin G. m. b. H. Berlin betriebene Flugpostlinie Berlin—Königsberg (Pr.) wird vom 1. April an über Danzig nach folgendem Flugplan geführt: Täglich ab Berlin 8.0, ab Schneidemühl 10.5, an Danzig 12.55, ab 1.5, an Königsberg (Pr.) 2.25; zurück ab Königsberg (Pr.) 8.30, an Danzig 9.50, ab 10.0, ab Schneidemühl 1.0, an Berlin 2.55. Den Flugdienst im Danziger Gebiet führt hierbei die Flugzeug- und Motorenbaufabrik G. Danzig aus.

Gleichzeitig wird eine Flugpost Danzig—Königsberg (Pr.)—Memel von der Danziger Luft-Reederei mit Unterstützung der Deutschen Luft-Reederei, Berlin, eingerichtet. Flugplan täglich ab Danzig 10.0, ab Königsberg (Pr.) 12.0, an Memel 1.30, zurück ab Memel 3.0, ab Königsberg (Pr.) 5.0, an Danzig 6.30. Im Flugpostverkehr mit dem Danziger und dem Memelgebiet sind gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten sowie alle übrigen Arten von Briefsendungen gegen dieselben Flugzuschläge wie im Reichsgebiet zulässig. Für eine Postkarte oder einen einfachen Brief ist also ein Zuschlag von 20 Pf. zu zahlen. Der Austausch von Zeitungen und Paketen mit der Flugpost wird für die nächste Zeit geplant.

Laubentkolonien in Treptow. Wir sind wieder in der Lage, unseren Lesern, welche die Laubentkolonien in der Parkstraße und Köpenicker Landstraße bis zum Dammeweg bemöhen, unsere Zeitung durch Boienfrau zu liefern. Wir bitten, Bestellungen auf den „Vorwärts“ unter genauer Angabe der Laubentkolonie und eventuell auch der Lage der Laube an unsere Hauptgeschäftsstelle, Lindenstr. 8, zu richten.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sieht sich genötigt, den Bezugspreis vom 1. April ab auf 12 M. monatlich zu erhöhen. Er verweist darauf, daß die im vergangenen Herbst an die Erhöhung des Bezugspreises geknüpfte Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse sich nicht erfüllt hätte. Seit jener Zeit seien im Gegenteil nicht nur die Mehrausgaben für Herstellung der Zeitung, Löhne, Gehälter und Millionen gestiegen, sondern die allgemeine Lage des Zeitungsgewerbes habe sich neuerdings so erheblich verschlechtert, daß die Geschäftsleitung sich jetzt genötigt sehe, zur teilweisen Deckung der Mehrkosten den Bezugspreis zu erhöhen.

Die Einführung der Bezirksamtsmitglieder im Bezirk 12 wird am Freitag, den 1. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Bezirksverordnetenversammlung im Steglitzer Rathaus erfolgen, und zwar durch Oberbürgermeister Böß.

Was bei der Post nicht vorkommen darf. Von einem Leser unseres Blattes erhalten wir eine Zuschrift, welcher wir folgendes entnehmen: Kurz vor Ostern präferierte mir ein kleiner Paketbesteller von 6 — sechs — Jahren eine Paketkarte über ein Wertstück von 500 M. mit dem Ersuchen um Empfangsbekundigung. Diese mußte ich verweigern, da ich das Poststück nicht erhalten habe. Flugs zieht er ab und nun werde ich wohl meinen Osterbraten oder mein Osterlei nicht mehr erhalten. — Zugegeben, bei dem gesteigerten Postverkehr zu den Feiertagen seien die altpendierten Postbeamten knapp, so ist es doch eine Leichtfertigkeit, einen so jungen Mann einzustellen, der so kaum imstande ist, die ihm zur Bestellung übergebenen Adressen zu lesen. Daher erklärt es sich denn auch, daß wiederholt Briefe für meinen im selben Hause wohnenden Namensvetter Franz an meine Adresse gelangen. Bittesücht ist dies der Reichspostverwaltung ein Anlaß zur Einstellung älterer Hilfskräfte aus den Reihen der Kriegsteilnehmer oder Erwerbslosen.

Der Desrautant im Betriebe der „Victoria“, Alfred Conrad, ist, wie uns der Betriebsrat mitteilen bittet, nicht Mitglied der kommunistischen, sondern der unabhängigen Partei. Die kommunistische Partei sei im Betriebsrat der „Victoria“ nicht vertreten. Wir bemerken hierzu, daß uns die Meldung von einem angeblichen Betriebsratsmitglied telephonisch übermittelt worden ist. Sie hat sich demnach als unzutreffend erwiesen.

Eine Welt ohne Liebe“ stellt sich ein sechsaktiger Sensationsfilm, welcher zuerst im Maxmarbad (Kurparkendamm 236) zur Aufführung gelangt. Unplaudische Rede bildet den Untergrund, auf welchem sich das Drama abspielt und die handelnden Personen schließlich durch Selbstmord enden läßt.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Mittwoch, den 30. März:

128. Mt. (Gontom.) Abends 7 Uhr im Willmanns-Prozess, Berliner Str. 80. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Neurechtsetzung einst und jetzt.“ Referent: Genoffe Carl, 2. Beschlüsse.

129. Mt. (Gontom.) Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Eimer, Breite Straße. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. „Die wirtschaftliche Bedeutung Ober-Schlesiens für Deutschland.“ Referent: Genoffe Herbert Berger, 2. Ratwahl des Arbeiterpartei-Komitees.

Richterskammer. 7 1/2 Uhr im „Waldschloß“, Kaiser-Wilhelm-Straße, Sch. Eisenstraße. Mitgliederversammlung. Thema: Aufnahme in Rußland. Referent: Genoffe Gerda.

Morgen, Donnerstag, den 31. März:

Oberbürgermeister. Abends 7 1/2 Uhr findet im Lokal Hermann, Deul. Gde. Eimerstraße, eine Kommunalversammlung statt. Vortrag: Deutsches Schulwesen. Ref. Rector Bergemann. Sozialistische Lehrer und Eltern sind eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Rohrbach. Morgen 11 1/2 Uhr bei Geymann, Nibelstraße: Zusammenkunft der S.P.R.-Arbeiterjugend.

Gewerkschaftsbewegung

Die Armee der Arbeit.

Eine interessante Statistik über die internationale Gewerkschaftsbewegung macht zurzeit durch die Arbeiterpresse Englands die Kunde. Sie erstreckt sich auf 20 Länder und zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zeit von Ende 1910 bis Ende 1919. In den 20 Ländern wurden 1919 rund 10 830 000 Organisierte gezählt, deren Zahl bis Ende 1919 auf 32 680 000 angewachsen war. Für die einzelnen Länder ergeben sich die folgenden Zahlen:

	1910	1919
Deutschland	2 960 000	9 060 000
England	2 400 000	8 024 000
Vereinigtes Staaten	2 100 000	5 607 000
Frankreich	977 000	2 800 000
Italien	817 000	1 800 000
Oesterreich	200 000	772 000
Belgien	189 000	750 000
Tschechoslowakei	100 000	657 000
Australien	302 000	628 000
Polen	154 000	625 000
Ungarn	80 000	500 000
Kanada	120 000	878 000
Dänemark	124 000	360 000
Schweden	115 000	380 000
Schweiz	75 000	224 000
Spanien	41 000	211 000
Norwegen	47 000	144 000
Niederlande	67 000	100 000
Finnland	15 000	41 000
Südafrika	7 000	20 000

Die deutschen Zahlen lassen den Schluß zu, daß die Statistik alle organisierten Hand- und Kopfarbeiter erfasst. Fast 33 Millionen organisierter Profetarbeiter! Diese Riesensumme, zusammengesetzt durch dieselbe Not, durch dasselbe Sehnen und Ringen nach Freiheit, nach einer besseren, gerechten Weltordnung stellt eine Weltmacht dar. Diese stolzen Zahlen lassen uns zwar nicht die Macht des Weltkapitalismus vergessen, aber sie erfüllen uns dennoch mit Siegeszuversicht, weil wir wissen, daß keine Macht der Welt der internationalen Armee der Arbeit widerstehen kann, wenn sie einig ist.

Die deutsche Arbeitslosigkeit.

Die Hoffnung, daß mit Ende des Winters die Arbeitslosigkeit zurückgehen würde, hat sich nach der letzten Aufstellung nicht erfüllt. Im Monat Februar ist die Zahl der Arbeitslosen im großen und ganzen dieselbe geblieben. Am 1. März zählte man 428 000 Hauptunterstützungsempfänger, während zu Anfang Februar 433 000 vorhanden waren. Durch den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die rund 200 000 Arbeitslosen Beschäftigung gegeben hat, ist es gelungen, ein weiteres Answellen der unterstützten Erwerbslosen zu vermeiden. Diese Zahlen enthalten nur die unterstützten Erwerbslosen; darüber hinaus bezieht ein großer Teil der Bevölkerung das gewohnte Einkommen nur verkürzt oder überhaupt nicht.

Arbeitslose und Streikarbeit.

Es werden wiederholt Fälle bekannt, in denen einzelne Ortsbehörden den § 8 der Erwerbslosenfürsorge so auslegten, daß den Arbeitslosen die Unterstützung entzogen werden dürfe, die die Annahme von Streikarbeit verweigerten. Der Vorstand des ADGB hat eine diesbezügliche Beschwerde an den Reichsarbeitsminister gerichtet. In seinem Bescheid betont dieser, daß zwar für die Gemeinden die Verpflichtung bestehe, den Arbeitslosen, die die Annahme von Arbeit verweigern, die Unterstützung zu entziehen;

diese Bestimmung sei indessen immer so ausgelegt worden, daß niemand verpflichtet sei, eine ihm nachgewiesene Arbeitsstelle anzunehmen, die durch Streik freigeworden ist. Der Reichsarbeitsminister gibt zu, daß der schon erwähnte § 8 der Verordnung die zu der Beschwerde des ADGB geführte Auslegung zuzieht, daß diese aber nicht seine Billigung findet. Minister Brauns hat den preussischen Minister für Volkswohlfahrt von seiner Stellungnahme unterrichtet und ihm anheimgestellt, in diesem Sinne eine Anweisung an die Vollzugsbehörden ergehen zu lassen. Bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung wird der Minister eine ausdrückliche Bestimmung in Vorschlag bringen, nach der die Verpflichtung zur Annahme von Arbeitsstellen, die durch Streik oder Aussperrung freigeworden sind, ausgeschlossen wird.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

Nach einer Londoner Meldung der Telumion ist man über die Absichten, die die englische Regierung hegt, um den für Freitag angekündigten Streik der Bergarbeiter zu verhindern, noch im unklaren. Der Vorstand der Bergarbeiterföderation trat heute morgen zusammen, um die Berichte aus den einzelnen Kohlenbetrieben zu prüfen. Die Führer der Bergarbeiterschaft im Norden von Yorkshire haben die Einladung der Bergwerksbesitzer angenommen, morgen mit ihnen die Lage zu besprechen.

Soziales.

Städtische Tuberkulosefürsorge.

Aus Erfurt wird uns geschrieben: Angesichts der enormen Zunahme der Tuberkulose während des Krieges und der dringenden Notwendigkeit, die bisherige private Fürsorge auszudehnen und sie nach modernen Gesichtspunkten weiter auszugestalten, übernimmt die Stadt Erfurt vom 1. April d. J. ab die Tuberkulosefürsorge. Die erforderlichen laufenden Kosten zur Durchführung der Bekämpfung der Schwindsucht, für Solbadkuren, Ferienkolonien, Hausfürsorge, Röntgenagnostik, ärztliche Untersuchungen, betragen 67 000 M. Für die Errichtung eines Sonnen- und Luftbades, das namentlich der Behandlung der chirurgischen Tuberkulose zugute kommen und für die Erziehung und Gesundung unserer Jugend ein wesentlicher, ausgezeichnetes Heilmittel sein wird, sind ebenfalls Mittel in Höhe von 50 000 M. vorgesehen.

Kaufmannsgerichte und freie Gewerkschaften.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Potsdam und Rowawes endeten mit einem vollem Erfolge für die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten. Während der Zentralverband der Angestellten in Potsdam und Rowawes bisher überhaupt keine Vertretung beim Kaufmannsgericht hatte, ist es ihm jetzt gelungen, in Rowawes von sechs Sitzen drei zu gewinnen, während der DGB mit zweien und der GDA mit einem vorlieb nehmen mußten. Noch besser aber war das Resultat im reaktionären Potsdam. Hier erhielt der Zentralverband der Angestellten sechs Beisitzer zum Kaufmannsgericht, der DGB stellt vier Beisitzer und der GDA, dessen Liste ganze 17 Stimmen erhielt, hat gar keinen Beisitzer zu stellen. Der Erfolg für die freigewerkschaftliche Liste ist um so größer, als DGB und GDA die Werbetrommel tüchtig geschlagen haben.

Zusammenfluß der Lungenkranken und Tuberkulösen.

Der Bund der Lungenkranken und Tuberkulösen Deutschlands wendet sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem es heißt: Die Zentralleitung des Bundes der Lungenkranken und Tuberkulösen Deutschlands fordert alle Lungenkranken und Tuberkulösen Deutschlands auf, sich durch Gründungen von Ortsgruppen der Zentralleitung anzuschließen. Es gilt eine Einheitsfront aller dieser kranken Menschen zu bilden, um gemeinschaftlich den Kampf gegen die Tuberkulose zur Hebung der Volksgesundheit aufzunehmen. Genossen und Genossinnen, die sich für die Sache interessieren, werden

gebeten, ihre Adressen sofort der Geschäftsstelle des Bundes, Hamburg, Koppel 84 I, zur Verfügung zu stellen. Eine rege intensive Mitarbeit aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ist dringend erwünscht.

Wirtschaft

Ansiedlung von Vertriebenen.

Ein Beschluß der Landesversammlung fordert die möglichst rasche Wiederansiedlung der aus Polen zurückkehrenden Ansiedler. Daraufhin hat der preussische Landwirtschaftsminister die provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften darauf hingewiesen, daß für die Wiederansiedlung auf deutschem Boden in erster Linie Bewerber in Betracht kommen, die nach dem 1. Januar 1908 in das jetzige Polen eingewandert sind; denn diese Ansiedler werden auf Grund des Friedensvertrages zum Verlassen des Landes gezwungen. Ferner sollen solche Bewerber berücksichtigt werden, deren Kaufverträge von den Polen willkürlich für ungültig erklärt wurden, und die gewaltsam von ihren Stellen entfernt worden sind. In gleicher Weise bevorzugt werden sollen weiter auch Pachtansiedler, deren Pachtverträge nach Ablauf nicht erneuert wurden.

Durch diese Maßnahme soll ein Anreiz zur Auswanderung nicht gegeben werden, weil die Unterbringungsmaßnahmen nicht günstig sind. Um so dringlicher weist der Landwirtschaftsminister darauf hin, daß die aus ihren Wohnsitzen vertriebenen Landwirte auch sicher sein können, daß ihnen nach Möglichkeit ein Unterkommen in der deutschen Heimat verschafft wird.

Zur Vereinheitlichung des Verkehrs mit den Siedlern und des Unterbringungsverfahrens ist bei der Geschäftsstelle der Ansiedlungskommission, Berlin W. 9, Königgräber Str. 123, eine Fürsorgestelle eingerichtet.

Australischer Weizen. Der Premierminister des australischen Bundesstaates, Hughes, bestätigte, daß Weizenverkäufe an Deutschland stattgefunden haben, und erklärte, daß die Frage der Wiederannahme des allgemeinen Handels in kurzem dem Parlament vorgelegt würde.

Aus aller Welt.

Ein netter Dentist.

Die Stütze eines auf der Reeperbahn in Hamburg wohnenden Dentisten Sch. erstattete Anzeige, daß er verurteilt, zu seinen Kundinnen in ärztliche Beziehungen zu treten. Wenn eine seiner Kundinnen nicht darauf einging, dann soll Sch. diese in einen eigens für einen solchen Zweck hergerichteten Operationsstuhl eingespannt und unter Anwendung von Hypnose seinem Willen gefügig gemacht haben. Beamte begaben sich in die Wohnung des Sch., um den Operationsstuhl zu untersuchen. Dabei machten die Beamten eine überraschende Entdeckung. Durch einen am Fuß des Stuhls angebrachten Hebel geriet eine Vorrichtung in Bewegung, die die im Stuhle sitzende Person vollkommen wehrlos machte. Mehrere angebrachte Hebel legten sich um Arme, Hände und Kopf des im Stuhl Sitzenden. Auf Grund dieser Ermittlungen wurde der Stuhl beschlagnahmt und der Dentist verhaftet. Die Untersuchung ergab bisher, daß er seinen verdreherischen Neigungen in 18 Fällen gefolgt ist. Er hat dabei auch Erpressungen ausgeführt. In einem Falle hat er von einer Frau 12 000 M. erpreßt. Des Weiteren hat er sich des Vergehens gegen das leibende Leben schuldig gemacht mit dem Ergebnis, daß eine Dame in schwerem Krankenstande in ärztliche Behandlung gehen mußte. Sch. erklärte bei der Verhaftung, ihm könne nichts passieren, da er einen Schein besitze, aus dem hervorgehe, daß er geisteskrank sei.

Verantwortl. für den Inhalt: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Hilde, Berlin. Verlag: Verlags-Bureau G. m. b. H., Berlin. Druck: Schwanitz-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Druck-Nr. 2.

Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen,



bevor Sie sich die Gewißheit verschafft haben, daß es wirklich gut sehen kann. An manchen schlechten Zeugnis sind nur die fälschlichen Augen schuld. Die meiste Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der Augen verrichtet. Ein Kind, das nicht so gut sehen kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt rascher die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopfschmerzen verbunden, die Aufmerksamkeit läßt nach, und das Kind bleibt zurück. Kommen Sie mit Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine Sehkraft und verordnen mit Sorgfalt die passenden Gläser, falls solche nötig und nützlich für Ihr Kind sind. Gute Brillen für Kinder

kosten von M. 8.— an. Gläser extra. Wollen Sie lieber ein paar Mark sparen, oder wollen Sie lieber Ihrem Kinde unnötige Anstrengungen und Zusatzaufgaben ersparen? Sie können mit Vertrauen zu uns kommen. Auch Sie werden gerne dort kaufen, wo Sie große Auswahl und billige Preise finden. — Aber selbst wenn wir nicht die Billigsten wären, so dürfen Sie nie vergessen, Sie erhalten unsere große Garantie für alle Fassungen in Gold und Gold-Doublé und diese ist wohl wichtig beim Einkauf von Brillen für Kinder, weil diese öfters etwas zerbrechen. In der Garantie erhalten Sie außer Gläserdruck alle Reparaturen an diesen Fassungen umsonst.

Optiker Ruhnke

- W Friedrichstr. 183a, Ecke Leipziger Straße
- N Friedrichstr. 106, nahe Jägerstraße
- O Frankfurt Allee 14, nahe Zoo
- NW Friedrichstr. 150, Ecke Dorotheenstr.
- SW Belle-Alliancestr. 4, nahe Jandorf
- SO Oranienstr. 44, zwischen Markt- und Dorotheenplatz
- C Spittelmarkt, Ecke Wallstraße, Magdalenplatz, nahe Wilmersdorf
- S Kottbuser Damm 10, nahe Warenb. Jandorf
- N Schönhauser Allee 81, am Bahnh. Nordring
- Jussulienstr. 104, Ecke Weinmannstraße
- Jussulienstr. 117, am Ostbahnhof
- Chausseestr. 72, nahe Müllerstraße
- Spandau: Breite Str. 18, nahe Markt
- Charlottenburg: Tauentzienstr. 15, Ecke Marburger Straße
- Jochimsdaler Str. 2, nahe Bahnhof Zoo
- Neußtra: Bergstr. 4, Ecke Jägerstraße
- Friedensau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstraße
- Schöneberg: Jannitschstr. 21, Ecke Wilmersdorf
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132/133, nahe Uhlandstraße

„Vorwärts“-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (3. 3.) Aktiengesellschaft.

- Baden: Badenstr. 8, II. Hof parterre. — Jerusalemstr. 23, Hauptstadt.
- Berlin: Adlersp. 174, am Kottbuserplatz. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
- Bielefeld: Steingasse 27, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Bismarck: Büchelstraße 22, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9-6 Uhr. — Bergstr. 21, Hof rechts par. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Bonn: Marktstr. 24. Geöffnet von 9-6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Breslau: Kurfürst. Platz 14/15. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Bremerhaven: Jannitschstr. 24. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Buchholz: Wilhelmstr. 24. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Burg: Wilhelmstr. 24. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
- Charlottenburg II: Zaurpogener Str. 11.
- Charlottenburg III: Rotherbaum 104. Geöffnet von 9-6 Uhr.
- Charlottenburg IV: Wilmersdorf Str. 24.
- Darmstadt: Schillerstr. 10, Kapfenberg Str. 10.
- Düsseldorf: Schadowstr. 78, Röhrenstr. 78.
- Erfurt: Albrechtstr. 21, Friedrichstr. 21.
- Halle: Albrechtstr. 21, Waldstr. 21.
- Hamburg: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Hannover: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Hildesheim: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Hof: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Köln: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Krefeld: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Leipzig: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Magdeburg: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Mannheim: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- München: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Nürnberg: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Osnabrück: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Potsdam: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Regensburg: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Reims: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Stettin: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Stralsund: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Tübingen: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Ulm: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Worms: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.
- Zürich: Albrechtstr. 21, Ecke Altonaerstraße.